

Herrn
Stephan Kolb
Vorsitzender der
Deutschen Sektion des IPPNW
Körtestr. 10

10967 Berlin

München, den 9. Februar 2004

Ihr Schreiben vom 22. 01. 2004 an Herrn Dr. v. Pierer

Sehr geehrter Herr Kolb,

wie in einigen Medien zutreffend berichtet, ist Siemens Mitglied eines Konsortiums unter der Führung der Framatome ANP, das von dem finnischen Stromerzeuger TVO am 18. Dezember 2003 den Auftrag zur schlüsselfertigen Errichtung eines Kernkraftwerks mit dem Europäischen Druckwasserreaktor EPR erhalten hat. Siemens wird den konventionellen Teil der Anlage liefern, Framatome ANP die Reaktoranlage. Über den Bau eines EPR-Kernkraftwerks in Frankreich ist unseres Wissens noch nicht entschieden; über eine eventuelle Beteiligung von Siemens an einem solchen Projekt lassen sich noch keine Aussagen machen.

Die Beteiligung von Siemens an dem Projekt in Finnland steht nicht im Gegensatz zu der Firmenpolitik, wie sie Vertretern Ihrer Organisation in der Besprechung am 21. 06. 1993 erläutert wurde. Wir erkennen den Primat der Politik seit jeher als Handlungsrahmen für unsere Geschäftstätigkeit an, und zwar auf allen Geschäftsgebieten, nicht nur in der Energietechnik. Die überparteilichen Konsensgespräche, auf die sich das von Ihnen zitierte Gesprächsprotokoll bezieht, verliefen, wie Sie wissen, ergebnislos, ebenso wie die Neuauflagen 1995 und 1997. Einen parteiübergreifenden Konsens zur Kernenergie gibt es bekanntlich bis heute nicht. Allerdings hat sich die Bundesregierung im Juli 2000 mit den Energiekonzernen, die Kernkraftwerke betreiben, auf eine Laufzeitbegrenzung der bestehenden Anlagen geeinigt. Der Inhalt der Vereinbarung wurde in eine Novelle des Atomgesetzes umgesetzt.

Kerntechnische Exporte sind von der Atomgesetznovelle nicht betroffen. Die Neufassung der Richtlinien der Bundesregierung für die Gewährung von Ausfuhrbürgschaften („Hermes-Richtlinien“) lässt unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin die Förderung kerntechnischer Exporte zu. Unsere Beteiligung an dem Kernkraftwerksprojekt in Finnland steht also nicht im Gegensatz zur deutschen Regierungspolitik. In Finnland haben Regierung und Parlament dem Bau des fünften Kernkraftwerks zugestimmt und haben festgestellt, dass das Projekt im Einklang mit dem gesellschaftlichen Wohl steht. Insbesondere wies die Regierung darauf hin, dass das Projekt zur Einhaltung der Klimaschutzziele beiträgt. Meinungsumfragen zeigen eine deutliche Mehrheit für das Projekt in der

Chief Economist / Corporate Relations

Head:
Prof. Dr. Bernd A. Stecher

Postal address:
Siemens AG
ECR L

D-80312 München

Office address:
Wittelsbacherplatz 2
D-80333 München

Telephone +49 89 636-33800
Fax +49 89 636-32420

Siemens Aktiengesellschaft · Chairman of the Supervisory Board: Karl-Hermann Baumann · Managing Board: Heinrich v. Pierer, Chairman, President and Chief Executive Officer · Members: Johannes Feldmayer, Thomas Ganswindt, Klaus Kleinfeld, Edward G. Krubasik, Rudi Lamprecht, Heinz-Joachim Neubürger, Jürgen Radomski, Erich R. Reinhardt, Uriel J. Sharef, Claus Weyrich, Klaus Wucherer
Registered Offices: Berlin and München · Commercial Registries: Berlin-Charlottenburg, HRB 12300; München, HRB 6684

SIEMENS

finnischen Bevölkerung allgemein und besonders auch am gewählten Standort Olkiluoto. Nähere Informationen zum Hintergrund dieses Projektes können Sie in dem beiliegenden Informationsblatt „Trendsetter Finnland“ der Reihe „*argumente*“ der Framatome ANP GmbH nachlesen.

Was unseren Antrag auf Hermes-Bürgschaft zum Finnlandprojekt betrifft, handelt es sich gerade nicht um kerntechnische Lieferungen, da unser Beitrag konventionelle Kraftwerkstechnik umfasst. Nachdem der Antrag innerhalb der Regierungskoalition dennoch kontrovers gesehen wurde, haben wir eingewilligt, dass er einstweilen nicht weiterverfolgt wird.

Wir haben im Übrigen festgestellt, dass Ihre Organisation auf Ihrer Website die Vereinbarung als „eine Bestandsgarantie für die Atomenergie-Nutzung auf Jahrzehnte“ wertet und die in der Vereinbarung getroffene Maßgabe, dass die Forschung auf dem Gebiet der Kerntechnik frei bleibt, als eine „Zukunftsoption“ bezeichnet. Außerdem wird auf Ihrer Website zu Recht festgestellt, dass künftige Regierungen das Atomgesetz und das darin enthaltene Neubauverbot wieder ändern können. Wir stimmen insofern mit Ihnen überein, dass die Zukunft der Kernenergie in Deutschland durchaus offen ist. Politik ist grundsätzlich zukunfts offen. Wir meinen, dass jede Generation über ihre Energiepolitik selbst entscheiden muss. Unsere Aufgabe kann es dabei nur sein, ihr hierfür möglichst viele Optionen zu eröffnen.

In Ihrem Schreiben sprechen Sie die Neuordnung unserer Kooperation mit der französischen Seite an. Lassen Sie mich das Geschehen rekapitulieren: Siemens hat Anfang 2001 sein Nukleargeschäft mit dem des französischen Unternehmens Framatome zusammengelegt und hat damit den veränderten Marktbedingungen nach der Liberalisierung des Strommarktes Rechnung getragen. Am Gemeinschaftsunternehmen „Framatome ANP“ sind das französische Unternehmen AREVA zu 66 Prozent und Siemens zu 34 Prozent beteiligt. Die unternehmerische Führung liegt beim Mehrheitsgesellschafter AREVA.

Durch den Zusammenschluss kann das über Jahrzehnte akkumulierte Know-how der europäischen Nuklearindustrie erhalten und weiterentwickelt werden. Dieses wird heute vorwiegend für Service-Leistungen zum Betrieb sowie zur Erhaltung und Verbesserung des Sicherheitsstandards bestehender Kernkraftwerke benötigt. Siemens hat im Inland wie im Ausland Kernkraftwerke errichtet, die entsprechend den Vorgaben der Politik noch über einen langen Zeitraum in Betrieb sein werden. Es liegt im öffentlichen Interesse, dass diese bis zum Ende ihrer Nutzungsdauer zuverlässig und sicher betrieben werden. Das nach wie vor weltweit führende deutsch-französische Know-how wird zusätzlich gestärkt durch Arbeiten für Kernkraftwerke anderer Hersteller und durch Beteiligung an Neubauprojekten.

Unzutreffend behaupten Sie, das seinerzeit von Siemens begonnene Kernkraftwerk Bushehr im Iran sei jetzt zu einem der Streitpunkte zwischen den USA und dem Iran geworden. Das ist schon deshalb unrichtig, weil das Projekt bereits 1979 eingestellt wurde, ohne dass von uns jemals kerntechnische Komponenten oder Kernbrennstoffe geliefert worden wären. Das russische Unternehmen, das jetzt an diesem Standort tätig ist, stellt nicht das von Siemens begonnene Kraftwerk fertig, sondern errichtet eine Anlage nach russischer Technik (WWER-1000). Im Mittelpunkt der politischen Kontroverse steht das lange Zeit verheimlichte iranische Vorhaben zur Urananreicherung. Ihre Argumentation, der Bau von Kernkraftwerken in der Dritten Welt sei generell nicht zu verantworten, ist nicht schlüssig. Erstens stellen Kernkraftwerke vom Typ Druck- oder Siedewasserreaktor (DWR bzw. SWR) ein äußerst niedriges Proliferationsrisiko dar, weshalb ja die USA Nordkorea zwei DWR-Kernkraftwerke zugesagt haben, wenn das Land sein Atomwaffenprogramm einstellt. Zweitens besitzen Kernkraftwerke – besonders solche deutscher Bauweise – gegenüber terroristischen Angriffen im Vergleich zu anderen sensiblen Industrieanlagen einen recht hohen Grundschutz, sodass sie für Terroristen ein wenig attraktives Ziel darstellen.

SIEMENS

Nicht nachvollziehen können wir Ihre Einwände gegen den geplanten Verkauf der noch verfügbaren Ausrüstung der Hanauer Anlage. Bei der Anlage handelt es sich um eine Fabrik zur Herstellung von MOX-Brennelementen. Sie war dafür vorgesehen, Plutonium aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen deutscher Kernkraftwerke zu neuen Brennelementen zu verarbeiten, es also zu rezyklieren. Mit der MOX-Anlage kann weder Plutonium produziert werden, noch aus nicht waffenfähigem Plutonium waffenfähiges gewonnen werden. Mit dieser Anlage kann auch kein Plutonium aus Reaktor-Brennelementen abgetrennt werden. Durch die Lieferung einer solchen Anlage an einen Atomwaffenstaat kann dessen Atomwaffen-Potential nicht erhöht, sondern im Gegenteil nur verringert werden, wenn nämlich aus dem militärischen Bereich stammendes Plutonium zu MOX-Brennelementen verarbeitet und anschließend in einem Kernkraftwerk verbraucht wird.

China plant eine erhebliche Expansion der Kernkraft auf 30.000 MW bis zum Jahr 2020 und beabsichtigt nach unserer Kenntnis, einen kompletten Brennstoffkreislauf einschließlich Wiederaufarbeitung und MOX-Rezyklierung aufzubauen. In dieser Strategie macht der Kauf der Hanauer Anlage Sinn.

Die Anlage ist auf die Herstellung von MOX-Brennelementen für Druck- und Siedewasserreaktoren und nicht für Brutreaktoren ausgelegt. Ob es mit vertretbarem Aufwand möglich wäre, die Anlage auf die Herstellung von Brüter-Brennelementen umzurüsten, ist aber im Hinblick auf die Frage, ob die Anlage für militärische Zwecke missbraucht werden könnte, nicht relevant. Denn China verfügt seit langem über Anlagen zur Produktion von Plutonium und hat keine Veranlassung, den umständlichen, kostspieligen und langwierigen Weg über den Bau und Betrieb von Brütern zu gehen. Im Übrigen braucht man zum Betrieb von Brütern nicht unbedingt MOX-Brennelemente; man kann sie auch mit angereichertem Uran betreiben, was die Russen seit jeher tun.

Wir haben nichts dagegen, dass Sie dieses Schreiben auf Ihrer Kongress-Website veröffentlichen, allerdings unter der Bedingung, dass Sie etwaige Kürzungen mit uns abstimmen.

Bitte seien Sie so freundlich, dieses Schreiben auch Ihren Mitunterzeichnern zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichem Gruß

